

Bundesgesetzblatt

1033

Teil II

Z 1998 AX

1979

Ausgegeben zu Bonn am 28. September 1979

Nr. 42

Tag	Inhalt	Seite
26. 9. 79	Verordnung zur Änderung des Deutschen Teil-Zolltarifs (Nr. 19/79 — Erhöhung des Zollkontingents für feste Brennstoffe) 613-2-1	1034
22. 8. 79	Bekanntmachung des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und dem Präsidenten der Islamischen Republik Pakistan über Finanzielle Zusammenarbeit	1035
30. 8. 79	Bekanntmachung des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Mali über Finanzielle Zusammenarbeit	1037
3. 9. 79	Bekanntmachung der Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Sambia über Finanzielle Zusammenarbeit	1039
4. 9. 79	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, des Zusatzprotokolls sowie der Protokolle Nr. 2, 3, 4 und 5 zur Konvention	1040
6. 9. 79	Bekanntmachung der Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Malawi über Finanzielle Zusammenarbeit	1045
10. 9. 79	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens zur Bekämpfung der widerrechtlichen Inbesitznahme von Luftfahrzeugen	1046
11. 9. 79	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit der Zivilluftfahrt	1047
11. 9. 79	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Satzung der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur	1048
12. 9. 79	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des deutsch-kuwaitischen Abkommens über den Fluglinienverkehr	1048
12. 9. 79	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des deutsch-griechischen Abkommens über die steuerliche Behandlung von Straßenfahrzeugen	1049
12. 9. 79	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des deutsch-kanadischen Auslieferungsvertrags	1049
12. 9. 79	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Weltorganisation für Meteorologie	1050
12. 9. 79	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Europäischen Kulturabkommens	1050
12. 9. 79	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens zur Errichtung einer internationalen Organisation für das gesetzliche Meßwesen	1051
12. 9. 79	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens zur Verhütung von Rundfunksendungen, die von Sendestellen außerhalb der staatlichen Hoheitsgebiete gesendet werden	1051
17. 9. 79	Bekanntmachung über das Inkrafttreten der Verordnung und des deutsch-luxemburgischen Abkommens über den Verzicht auf die Erstattung der Aufwendungen für Sachleistungen aus Anlaß von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten	1052

826-2-29

Verordnung
zur Änderung des Deutschen Teil-Zolltarifs
(Nr. 19/79 — Erhöhung des Zollkontingents für feste Brennstoffe)

Vom 26. September 1979

Auf Grund des Absatzes 2 Satz 1 zu Tarifnr. 27.01 im Anhang Zollkontingente/2 des Deutschen Teil-Zolltarifs (BGBl. 1968 II S. 1044) in der zur Zeit geltenden Fassung verordnet die Bundesregierung:

§ 1

Im Deutschen Teil-Zolltarif erhält Absatz 1 zu Tarifnr. 27.01 im Anhang Zollkontingente/2 die aus der Anlage ersichtliche Fassung.

§ 2

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes in Verbindung mit § 11 des Gesetzes über das Zollkontingent für feste Brennstoffe vom 14. Dezember 1970 (BGBl. I S. 1713), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 28. Juni 1976 (BGBl. I S. 1698), auch im Land Berlin.

§ 3

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Bonn, den 26. September 1979

Der Bundeskanzler
Schmidt

Der Bundesminister der Finanzen
Matthöfer

Der Bundesminister für Wirtschaft
Lambsdorff

Anlage
(zu § 1)

Tarifnr.	Warenbezeichnung	Zollsatz	
		autonom	vertragsmäßig
1	2	3	4
27.01	(1) Waren der Tarifnr. 27.01, soweit sie einem Zollsatz unterliegen, gegen Vorlage eines Zollkontingentscheines		
	a) 5 500 000 t für jedes der Kalenderjahre 1977 bis 1981 (EGKS)	frei	—
	b) 1 100 000 t zusätzlich für jedes der Kalenderjahre 1979 bis 1981 zum Verwenden an Stelle von Waren der Tarifnr. 27.10 gemäß den besonderen Auflagen im Zollkontingentschein (EGKS)	frei	—

**Bekanntmachung
des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und dem Präsidenten der Islamischen Republik Pakistan
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 22. August 1979

In Islamabad ist am 26. Juli 1979 ein Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und dem Präsidenten der Islamischen Republik Pakistan über Finanzielle Zusammenarbeit unterzeichnet worden. Das Abkommen ist nach seinem Artikel 7

am 26. Juli 1979

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 22. August 1979

Der Bundesminister
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
Im Auftrag
Dr. Moltrecht

**Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und dem Präsidenten der Islamischen Republik Pakistan
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
der Präsident der Islamischen Republik Pakistan —

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Islamischen Republik Pakistan,

in dem Wunsche, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

im Bewußtsein, daß die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in Ergänzung der Hilfen, welche von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland dem Präsidenten der Islamischen Republik Pakistan bisher schon gewährt worden sind,

in der Absicht, zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in der Islamischen Republik Pakistan beizutragen —

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es dem Präsidenten der Islamischen Republik

Pakistan, bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt/Main, zur Finanzierung der Devisenkosten für den Bezug von Waren und Leistungen zur Deckung des laufenden notwendigen zivilen Bedarfs und der im Zusammenhang mit der finanzierten Wareneinfuhr anfallenden Devisen- und Inlandskosten für Transport, Versicherung und Montage ein Darlehen bis zu 30 Millionen DM (in Worten: dreißig Millionen Deutsche Mark) aufzunehmen. Es muß sich hierbei um Lieferungen und Leistungen gemäß der diesem Abkommen als Anlage beigefügten Liste handeln, für die die Import- und Devisenlizenzen nach dem 31. Dezember 1978 erteilt worden sind.

(2) Bei der Verwendung des genannten Betrages werden die Anforderungen der in Pakistan mit deutscher Kapitalbeteiligung errichteten Unternehmen mit Wohlwollen berücksichtigt. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland geht davon aus, daß der Präsident der Islamischen Republik Pakistan die durch den Verkauf der dargeliehenen Deutschen Mark anfallenden Rupien-Gegenwerte für Entwicklungsvorhaben verwendet.

Artikel 2

Die Verwendung dieses Darlehens sowie die Bedingungen, zu denen es gewährt wird, bestimmen die zwischen dem Darlehensnehmer und der Kreditanstalt für Wiederaufbau zu schließenden Verträge, die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen.

Artikel 3

Der Präsident der Islamischen Republik Pakistan stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit Abschluß und Durchführung der in Artikel 2 erwähnten Verträge in der Islamischen Republik Pakistan erhoben werden.

Artikel 4

Der Präsident der Islamischen Republik Pakistan überläßt bei den sich aus der Darlehensgewährung ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See-, Land- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in dem deutschen Geltungsbereich dieses Abkommens ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland legt besonderen Wert darauf, daß bei den sich aus der Darlehensgewährung ergebenden Lieferungen und Leistungen die wirtschaftlichen Möglichkeiten des Landes Berlin bevorzugt genutzt werden.

Artikel 6

Mit Ausnahme der Bestimmungen des Artikels 4 hinsichtlich des Luftverkehrs gilt dieses Abkommen auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber dem Präsidenten der Islamischen Republik Pakistan innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 7

Dieses Abkommen tritt am Tag seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Islamabad am 26. Juli 1979 in zwei Urschriften, jede in deutscher und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

H. S c h a t z s c h n e i d e r

Für den Präsidenten der Islamischen Republik Pakistan

A f t a b A h m a d K h a n

Anlage

zum Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und dem Präsidenten der Islamischen Republik Pakistan vom 26. Juli 1979 über Finanzielle Zusammenarbeit

1. Liste der Waren und Leistungen, die gemäß Artikel 1 des Regierungsabkommens vom 26. Juli 1979 aus dem Darlehen finanziert werden können:
 - a) Industrielle Roh- und Hilfsstoffe sowie Halbfabrikate,
 - b) industrielle Ausrüstungen sowie landwirtschaftliche Maschinen und Geräte,
 - c) Ersatz- und Zubehörteile aller Art,
 - d) Erzeugnisse der chemischen Industrie, insbesondere Düngemittel, Pflanzenschutz- und Schädlingsbekämpfungsmittel, Arzneimittel,
 - e) sonstige gewerbliche Erzeugnisse, die für die Entwicklung Pakistans von Bedeutung sind,
 - f) Beratungsleistungen, Patente und Lizenzgebühren.
2. Einfuhrgüter, die in dieser Liste nicht enthalten sind, können nur finanziert werden, wenn die vorherige Zustimmung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland dafür vorliegt.
3. Die Einfuhr von Luxusgütern und von Verbrauchsgütern für den privaten Bedarf sowie von Gütern und Anlagen, die militärischen Zwecken dienen, ist von der Finanzierung aus dem Darlehen ausgeschlossen.

**Bekanntmachung
des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Mali
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 30. August 1979

In Bamako ist am 6. Juli 1979 ein Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Mali über
Finanzielle Zusammenarbeit unterzeichnet worden.
Das Abkommen ist nach seinem Artikel 5

am 6. Juli 1979

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 30. August 1979

Der Bundesminister
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
Im Auftrag
Dr. Moltrecht

**Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Mali
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Republik Mali —

im Hinblick auf die Entschließung 165 (S-IX) vom
11. März 1978 des Rates der VN-Konferenz für Handel
und Entwicklung, in der die Industrieländer ihre Bereit-
schaft erklären, die Konditionen für noch ausstehende
öffentliche Entwicklungshilfekredite an ärmere Entwick-
lungsländer, insbesondere an am wenigsten entwickelte
Länder, den heute üblichen weicheren Konditionen anzu-
passen oder andere gleichwertige Maßnahmen zu ergrei-
fen,

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Bezie-
hungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und
der Republik Mali,

in dem Wunsche, diese freundschaftlichen Beziehungen
durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu
festigen und zu vertiefen,

im Bewußtsein, daß die Aufrechterhaltung dieser Be-
ziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Ent-
wicklung in der Republik Mali beizutragen —

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
ermöglicht es, die auf der Grundlage der in der Anlage zu

diesem Abkommen aufgeführten Regierungsabkommen
von der Regierung der Republik Mali mit der Kreditan-
stalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, geschlosse-
nen, ebenfalls in der Anlage aufgeführten Darlehensver-
träge über insgesamt 159 420 000,— DM (in Worten: Ein-
hundertneunundfünfzigmillionenvierhundertzwanzigtau-
send Deutsche Mark) dahingehend zu ändern, daß

- a) die der Regierung der Republik Mali gewährten Darle-
hen mit Wirkung vom 31. Dezember 1978 in Zuschüsse
umgewandelt werden und damit die ab diesem Zeit-
punkt fälligen Rückzahlungen und Zinsen aus diesen
Darlehensverträgen erlassen werden,
- b) die ab 31. Dezember 1978 fälligen Rückzahlungen und
Zinsen aus den der Banque de Développement du Mali
gewährten Darlehen nicht mehr an die Kreditanstalt
für Wiederaufbau, sondern mit schuldbefreiender Wir-
kung in Landeswährung an die Regierung der Repu-
blik Mali zu leisten sind und
- c) Zusageprovisionen auf nicht ausgezahlte Beträge aus
den vorbezeichneten Darlehensverträgen ab 1. Juli
1978 nicht mehr berechnet werden.

(2) Aufgrund von Absatz 1 wird — vorbehaltlich der
gemäß Artikel 3 mit der Kreditanstalt für Wiederaufbau
zu schließenden Verträge — auf Rückzahlungen von
insgesamt 155 388 000,— DM (in Worten: Einhundertfünf-
undfünfzigmillionendreihundertachtundachtzigtausend
Deutsche Mark) zuzüglich Zinsen und Zusageprovision
verzichtet.

Artikel 2

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland er-
möglicht es der Regierung der Republik Mali, anstelle

der durch Verhandlungsprotokoll vom 19. Oktober 1977 zugesagten Darlehen im Gesamtbetrag von 16 550 000,— DM (in Worten: Sechzehnmillionenfünfhundertfünfzigtausend Deutsche Mark) nunmehr Finanzierungsbeiträge als Zuschüsse von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, zu erhalten.

(2) Über die Finanzierungsbeiträge gemäß Absatz 1 bedarf es noch des Abschlusses von gesonderten Regie-
rungsvereinbarungen.

Artikel 3

Weitere Einzelheiten werden in gesonderten zwischen der Regierung der Republik Mali und der Kreditanstalt für Wiederaufbau zu schließenden Verträgen geregelt,

die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen.

Artikel 4

Dieses Abkommen gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Republik Mali innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 5

Dieses Abkommen tritt am Tage seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Bamako am 6. Juli 1979 in zwei Ur-
schriften, jede in deutscher und französischer Sprache,
wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

Dr. Erhard Holtermann

Für die Regierung der Republik Mali

Alioune Blondin Beye

Anlage

**gemäß Artikel 1 des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Mali vom 6. Juli 1979
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Unter Artikel 1 fallen:

die Regierungsabkommen vom

6. 5. 66
15. 6. 68
21. 11. 69
13. 3. 71
23. 6. 72
17. 11. 72
18. 3. 73
30. 3. 73
27. 7. 74 (2 Abk.)
14. 12. 73 (3 Abk.)
24. 10. 75 (4 Abk.)
27. 7. 74 (3 Abk.)
21. 7. 77
20. 1. 76
21. 10. 77
9. 2. 78
17. 2. 78
9. 5. 78
11. 5. 78

die Darlehensverträge vom

14. 2. 62
27. 5. 66
15. 12. 69
15. 3. 71
19. 12. 72 (2 Verträge)
16. 4. 73 (2 Verträge)
22. 8. 74 (2 Verträge)
20. 2. 74 (2 Verträge)
19. 1. 76 (2 Verträge)
29. 6. 73
2. 1. 75
14. 10. 75
22. 7. 77
29. 3. 77
18. 12. 75
20. 1. 76
15. 6. 78 (4 Verträge)

**Bekanntmachung
der Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Sambia über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 3. September 1979

In Lusaka ist durch Notenwechsel vom 31. Januar 1979/20. April 1979 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Sambia eine Vereinbarung über Finanzielle Zusammenarbeit getroffen worden. Die Vereinbarung ist

am 20. April 1979

in Kraft getreten; sie wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 3. September 1979

Der Bundesminister
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
Im Auftrag
Dr. Moltrecht

(Übersetzung)

Der Botschafter
der Bundesrepublik
Deutschland

Lusaka, den 31. Januar 1979
Wi 444 SAM 45

Minister des Auswärtigen

Lusaka, den 20. April 1979

Herr Minister,

ich beehre mich, Ihnen im Namen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland unter Bezugnahme auf das Protokoll über die deutsch-sambischen Regierungsverhandlungen vom 25. November 1977 sowie das Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Sambia über finanzielle Zusammenarbeit vom 25. Oktober 1973 und Ihren Antrag RETC/101/SO/12 vom 9. Oktober 1973 folgende Vereinbarung über einen Finanzierungsbeitrag vorzuschlagen:

1. Der in Artikel 1 des Abkommens vom 26. Oktober 1978 genannte Betrag von 20 Millionen DM (in Worten: zwanzig Millionen Deutsche Mark) wird um 2,4 Millionen DM (in Worten: zwei Millionen vierhunderttausend Deutsche Mark) auf 22,4 Millionen DM (in Worten: zweiundzwanzig Millionen vierhunderttausend Deutsche Mark) erhöht.
2. Im übrigen gelten die Bestimmungen des eingangs erwähnten Abkommens vom 26. Oktober 1978 einschließlich der Berlin-Klausel (Artikel 6) auch für diese Vereinbarung.

Falls sich die Regierung der Republik Sambia mit den in Nummern 1 und 2 enthaltenen Vorschlägen einverstanden erklärt, werden diese Note und die das Einverständnis Ihrer Regierung zum Ausdruck bringende Antwortnote Eurer Exzellenz eine Vereinbarung zwischen unseren beiden Regierungen bilden, die mit dem Datum Ihrer Antwortnote in Kraft tritt.

Genehmigen Sie, Herr Minister, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Exzellenz,

ich beehre mich, den Erhalt Ihres Briefes vom 31. Januar 1979, der wie folgt lautet, zu bestätigen:

(Es folgt der Text der nebenstehenden Note.)

In Beantwortung Ihres Schreibens beehre ich mich zu erklären, daß die Regierung der Republik Sambia den vorstehenden Bestimmungen zustimmt, und daß Ihre Note und dieses bestätigende Antwortschreiben als Abkommen zwischen unseren beiden Regierungen anzusehen ist.

Genehmigen Sie, Exzellenz, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Dr. Dufner

Wilson M. Chakulya, M. P.

S. E. Herrn Wilson M. Chakulya
Außenminister der Republik Sambia
Lusaka

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich der Konvention zum Schutze der Menschenrechte
und Grundfreiheiten, des Zusatzprotokolls sowie der Protokolle Nr. 2, 3, 4 und 5 zur Konvention**

Vom 4. September 1979

I.

1. Die Konvention vom 4. November 1950 zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (BGBl. 1952 II S. 685, 953) ist in ihrer durch das Protokoll Nr. 3 vom 6. Mai 1963 (BGBl. 1968 II S. 1111, 1116) und durch das Protokoll Nr. 5 vom 20. Januar 1966 (BGBl. 1968 II S. 1111, 1120) geänderten Fassung nach Artikel 66 Abs. 3 der Konvention,
2. das Zusatzprotokoll vom 20. März 1952 zur Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (BGBl. 1956 II S. 1879) ist nach seinem Artikel 6,
3. das Protokoll Nr. 2 vom 6. Mai 1963 zur Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (BGBl. 1968 II S. 1111, 1112) ist nach seinem Artikel 5 Abs. 3,
4. das Protokoll Nr. 4 vom 16. September 1963 zur Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (BGBl. 1968 II S. 422) ist nach seinem Artikel 7 Abs. 1

für

Portugal

am 9. November 1978

in Kraft getreten.

Portugal hat bei der Hinterlegung der Ratifikationsurkunde zur Konvention und zum Zusatzprotokoll folgende Vorbehalte eingelegt und Erklärungen abgegeben:

(Übersetzung)

«Convention

Conformément à l'article 64 de la Convention, le Gouvernement de la République portugaise formule les réserves suivantes:

I. L'article 5 de la Convention ne sera appliqué que dans les limites des articles 27 et 28 du Règlement de discipline militaire qui prévoient des arrêts pour les militaires.

Les articles 27 et 28 du Règlement de discipline militaire stipulent respectivement:

„Konvention

Nach Maßgabe des Artikels 64 der Konvention macht die Regierung der Portugiesischen Republik folgende Vorbehalte:

I. Artikel 5 der Konvention findet nur im Rahmen der Artikel 27 und 28 der Militärdisziplinarordnung Anwendung, welche die Festnahme von Militärpersonen vorsehen.

Die Artikel 27 und 28 der Militärdisziplinarordnung lauten folgendermaßen:

Article 27:

1. Les arrêts consistent en la réclusion de l'auteur de l'infraction dans des locaux destinés à cette fin, dans un endroit approprié, caserne ou établissement militaire, à bord d'un navire dans un local approprié et, à défaut de ceux-ci, dans un endroit déterminé par l'autorité compétente.
2. Pendant la durée de la peine, les militaires pourront exécuter, entre la sonnerie de la diane et le coucher du soleil, les services qui leur seraient prescrits.

Article 28:

«Les arrêts de rigueur consistent en la réclusion de l'auteur de l'infraction dans des locaux destinés à cette fin.»

II. L'article 7 de la Convention ne sera appliqué que dans les limites de l'article 309 de la Constitution de la République portugaise qui prévoit l'inculpation et le jugement des agents et responsables de la police d'Etat (PIDE-DGS).

L'article 309 de la Constitution stipule:

Article 309:

1. Demeurent en vigueur la loi n° 8/75 du 25 juillet et les amendements à celle-ci introduits par la loi n° 16/75 du 23 décembre et par la loi n° 18/75 du 28 décembre [1975].
2. Une loi pourra préciser la qualification pénale des actes visés au paragraphe 2 de l'article 2, à l'article 3, à l'alinéa b) de l'article 4 et à l'article 5 de l'instrument mentionné au paragraphe précédent.
3. Une loi pourra préciser les circonstances atténuantes exceptionnelles prévues par l'article 7 de l'instrument en question.

[La loi n° 8/75 détermine les peines à appliquer aux responsables, fonctionnaires et collaborateurs de l'ancienne Direction Générale de Sécurité (auparavant Police Internationale et de Défense de l'Etat) dissoute après le 25 avril 1974 et établit que la compétence pour le jugement appartient à un tribunal militaire.]

III. L'article 10 de la Convention ne sera appliqué que dans les limites du numéro 6 de l'article 38 de la Constitution de la République portugaise qui détermine que la télévision ne peut être propriété privée.

Le numéro 6 de l'article 38 de la Constitution stipule:

Artikel 27:

1. Die Festnahme umfaßt die Inhaftierung des Täters in zweckentsprechenden Räumlichkeiten, an einem geeigneten Ort, in einer Kaserne oder einer militärischen Einrichtung, an Bord eines Schiffes in einem geeigneten Raum und — in Ermangelung derselben — an einem von der zuständigen Behörde bezeichneten Ort.
2. Militärpersonen können während der Strafdauer, vom Wecken bis zum Sonnenuntergang die ihnen übertragenen Aufgaben erfüllen.

Artikel 28:

„Die verschärfte Haft umfaßt die Inhaftierung des Täters in zweckentsprechenden Räumlichkeiten.“

II. Artikel 7 der Konvention findet nur im Rahmen des Artikels 309 der Verfassung der Portugiesischen Republik Anwendung, der die Anklage und Verurteilung von Bediensteten und Verantwortlichen der Staatspolizei vorsieht (PIDE-DGS).

Artikel 309 der Verfassung lautet folgendermaßen:

Artikel 309:

1. Das Gesetz Nr. 8/75 vom 25. Juli in der durch die Gesetze Nr. 16/75 vom 23. Dezember und Nr. 18/75 vom 28. Dezember [1975] geänderten Fassung bleibt in Kraft.
2. Die Tatbestandsmerkmale der in Artikel 2 Absatz 2, Artikel 3, Artikel 4 Buchstabe b und Artikel 5 des obengenannten Gesetzes bezeichneten Straftaten können durch Gesetz näher bestimmt werden.
3. Die in Artikel 7 des betreffenden Gesetzes vorgesehenen außergewöhnlichen mildernden Umstände können durch Gesetz näher bestimmt werden.

[Das Gesetz Nr. 8/75 legt die Strafen für die Verantwortlichen, die Beamten und die Mitarbeiter der am 25. April 1974 aufgelösten früheren Hauptabteilung Sicherheit (vorher Internationale Polizei und Polizei zur Verteidigung des Staates) fest und schreibt vor, daß das Urteil von einem Militärgericht zu fällen ist.]

III. Artikel 10 der Konvention findet nur im Rahmen des Artikels 38 Nr. 6 der Verfassung der Portugiesischen Republik Anwendung, der vorschreibt, daß das Fernsehen nicht Privateigentum sein darf.

Artikel 38 Nr. 6 der Verfassung lautet folgendermaßen:

Article 38:

«6. La télévision ne peut être propriété privée.»

IV. L'article 11 de la Convention ne sera appliqué que dans les limites de l'article 60 de la Constitution de la République portugaise qui interdit le «lock-out».

L'article 60 de la Constitution stipule:

Article 60:

«Le lock-out est interdit.»

V. L'alinéa b) du numéro 3 de l'article 4 de la Convention ne sera appliqué que dans les limites de l'article 276 de la Constitution de la République portugaise qui prévoit l'établissement d'un service civil obligatoire.

L'article 276 de la Constitution stipule:

Article 276:

«1. Défendre la Patrie est le devoir fondamental de tous les Portugais.

2. Le service militaire est obligatoire dans les conditions et pour la durée prévue par la loi.

3. Les personnes reconnues inaptes au service militaire armé et les objecteurs de conscience effectueront selon le cas un service militaire non armé ou un service civil.

4. Un service civil peut être établi en remplacement ou en complément du service militaire et être rendu obligatoire pour les citoyens exemptés d'obligations militaires.

5. Quiconque se soustrait à l'accomplissement de ses obligations militaires ou civiques ne peut conserver ou obtenir un emploi au service de l'Etat ou d'une collectivité publique.

6. Nul ne peut subir de préjudices dans sa situation, ses avantages sociaux ou son emploi en raison de l'accomplissement du service militaire ou du service civil obligatoire.»

VI. L'article 11 de la Convention ne sera appliqué que dans les limites du numéro 4 de l'article 46 de la Constitution de la République portugaise qui interdit les organisations qui se réclament de l'idéologie fasciste.

Le numéro 4 de l'article 46 de la Constitution stipule:

Article 46:

«4. Seront interdites les associations armées ou de type militaire, militarisées ou paramilitaires, ne relevant pas de l'Etat ou des Forces Armées ainsi que les organisations

Artikel 38:

„6. Das Fernsehen darf nicht Privateigentum sein.“

IV. Artikel 11 der Konvention findet nur im Rahmen des Artikels 60 der Verfassung der Portugiesischen Republik Anwendung, der die „Aussperrung“ verbietet.

Artikel 60 der Verfassung lautet folgendermaßen:

Artikel 60:

„Die Aussperrung ist verboten.“

V. Artikel 4 Absatz 3 Buchstabe b der Konvention findet nur im Rahmen des Artikels 276 der Verfassung der Portugiesischen Republik Anwendung, der die Einführung einer Zivildienstpflicht vorsieht.

Artikel 276 der Verfassung lautet folgendermaßen:

Artikel 276:

„1. Jeder Portugiese ist grundsätzlich zur Verteidigung des Vaterlandes verpflichtet.

2. Es besteht eine Militärdienstpflicht, deren Bedingungen und Dauer gesetzlich geregelt sind.

3. Personen, die für den Militärdienst mit der Waffe untauglich sind, und Wehrdienstverweigerer aus Gewissensgründen leisten entweder einen Militärdienst ohne Waffe oder einen Zivildienst.

4. Ein Zivildienst kann anstelle des Militärdienstes oder zu seiner Ergänzung eingeführt und für diejenigen Staatsbürger vorgeschrieben werden, die von der Militärdienstpflicht befreit sind.

5. Wer sich seiner Militär- oder Zivildienstpflicht entzieht, darf im Staatsdienst oder im Dienst einer öffentlichen Körperschaft kein Amt bekleiden oder erhalten.

6. Niemand darf wegen der Ableistung des Militärdienstes oder der Zivildienstpflicht in seiner Stellung, seinen sozialen Vorteilen oder seinem Beruf benachteiligt werden.“

VI. Artikel 11 der Konvention findet nur im Rahmen des Artikels 46 Nr. 4 der Verfassung der Portugiesischen Republik Anwendung, der Organisationen verbietet, die sich auf faschistische Anschauungen berufen.

Artikel 46 Nr. 4 der Verfassung lautet folgendermaßen:

Artikel 46:

„4. Bewaffnete Vereinigungen oder Vereinigungen militärischer, militaristischer oder paramilitärischer Art, die nicht dem Staat oder den Streitkräften unterstehen, sowie

qui se réclament de l'idéologie fasciste.»

Organisationen, die sich auf faschistische Anschauungen berufen, sind verboten.'

Protocole Additionnel

En ce qui concerne le Protocole Additionnel, le Gouvernement de la République portugaise formule les réserves suivantes:

VII. L'article 1 du Protocole Additionnel ne sera appliqué que dans les limites de l'article 82 de la Constitution de la République portugaise qui détermine que l'expropriation des possesseurs de latifundia et des grands propriétaires, chefs d'entreprise ou actionnaires, pourrait ne donner lieu à aucune indemnisation dans les termes à déterminer par la loi.

L'article 82 de la Constitution stipule:

Article 82:

«1. La loi précise les modalités d'intervention et de nationalisation et de socialisation des moyens de production, ainsi que les critères de calcul des indemnisations.

2. La loi peut stipuler que l'expropriation des possesseurs de latifundia et des grands propriétaires, chefs d'entreprise ou actionnaires ne donnera lieu à aucune indemnisation.»

VIII. L'article 2 du Protocole Additionnel ne sera appliqué que dans les limites des articles 43 et 75 de la Constitution de la République portugaise qui déterminent la non-confessionnalité de l'enseignement public, la supervision par l'Etat de l'enseignement privé et la validité des dispositions légales relatives à la création d'établissements privés.

Les articles 43 et 75 de la Constitution stipulent respectivement:

Article 43:

«1. La liberté d'apprendre et d'enseigner est garantie.

2. L'Etat ne peut s'arroger le droit de planifier l'éducation et la culture selon tel ou tel critère philosophique, esthétique, politique, idéologique ou religieux.

3. L'enseignement public n'est pas confessionnel.»

Article 75:

«1. L'Etat créera un système d'établissements officiels d'enseignement qui réponde aux besoins de la population tout entière.

2. L'Etat supervisera l'enseignement privé complémentaire de l'enseignement public.»

Zusatzprotokoll

Zu dem Zusatzprotokoll macht die Regierung der Portugiesischen Republik folgende Vorbehalte:

VII. Artikel 1 des Zusatzprotokolls findet nur im Rahmen des Artikels 82 der Verfassung der Portugiesischen Republik Anwendung, der vorsieht, daß die Enteignung von Großgrundbesitzern, Eigentümern großer Vermögenswerte, Unternehmern oder Anteilseignern nach gesetzlich festzulegenden Bedingungen entschädigungslos erfolgen kann.

Artikel 82 der Verfassung lautet folgendermaßen:

Artikel 82:

„1. Die Art und Weise des Eingriffs und der Verstaatlichung und Sozialisierung der Produktionsmittel sowie die Maßstäbe für die Berechnung der Entschädigung werden gesetzlich geregelt.

2. Es kann gesetzlich vorgeschrieben werden, daß die Enteignung von Großgrundbesitzern, Eigentümern großer Vermögenswerte, Unternehmern oder Anteilseignern entschädigungslos erfolgt.'

VIII. Artikel 2 des Zusatzprotokolls findet nur im Rahmen der Artikel 43 und 75 der Verfassung der Portugiesischen Republik Anwendung, welche die konfessionelle Unabhängigkeit des öffentlichen Erziehungswesens, die staatliche Aufsicht über das private Erziehungswesen und die Gültigkeit von Rechtsvorschriften für die Errichtung privater Anstalten vorsehen.

Die Artikel 43 und 75 der Verfassung lauten folgendermaßen:

Artikel 43:

„1. Die Lern- und Lehrfreiheit wird gewährleistet.

2. Der Staat darf sich nicht das Recht anmaßen, Bildung und Kultur nach bestimmten weltanschaulichen, ästhetischen, politischen, ideologischen oder religiösen Gesichtspunkten zu planen.

3. Das öffentliche Erziehungswesen ist konfessionell unabhängig.'

Artikel 75:

„1. Der Staat errichtet ein System amtlicher Erziehungsanstalten, das dem Bedarf der Gesamtbevölkerung entspricht.

2. Der Staat übt die Aufsicht über das private Erziehungswesen als Ergänzung des öffentlichen Erziehungswesens aus.'"

II.

Portugal hat mit Erklärungen vom 3. November 1978 die Zuständigkeit der Europäischen Kommission für Menschenrechte nach Artikel 25 und die Zuständigkeit des Europäischen Gerichtshofs nach Artikel 46 der Konvention vom 4. November 1950 (BGBl. 1952 II S. 685, 953) — letztere unter der Bedingung der Gegenseitigkeit —

mit Wirkung vom 9. November 1978
für zwei Jahre

anerkannt. Diese Unterwerfungserklärungen erstrecken sich nach Artikel 6 Abs. 2 des Protokolls Nr. 4 vom 16. September 1963 (BGBl. 1968 II S. 422) zu der vorstehend genannten Konvention auch auf die Artikel 1 bis 4 des Protokolls Nr. 4.

III.

Unter Bezugnahme auf den in vorstehendem Abschnitt I wiedergegebenen Vorbehalt Portugals zu Artikel 1 des Zusatzprotokolls vom 20. März 1952 sind dem Generalsekretär des Europarats folgende Erklärungen notifiziert worden:

1. Erklärung des Ständigen Vertreters des Vereinigten Königreichs beim Europarat vom 7. Februar 1979:

(Übersetzung)

"... In regard to this reservation, I have been instructed to re-affirm the view of the Government of the United Kingdom that the general principles of international law require the payment of prompt, adequate and effective compensation in respect of the expropriation of foreign property."

"... Ich habe Weisung, die Ansicht der Regierung des Vereinigten Königreichs hinsichtlich dieses Vorbehalts erneut zu bekräftigen, daß nach den allgemeinen Grundsätzen des Völkerrechts für die Enteignung ausländischen Vermögens eine unverzügliche, angemessene und wirksame Entschädigungsleistung erforderlich ist."

2. Erklärung des Ständigen Vertreters der Bundesrepublik Deutschland beim Europarat vom 17. Juli 1979:

"Unter Bezugnahme auf das Rundschreiben JJ 643 C vom 6. Dezember 1978, mit dem unter anderem die Ratifikation des Protokolls vom 20. März 1952 zur Menschenrechtskonvention durch Portugal und ein Vorbehalt zu Artikel 1 dieses Protokolls notifiziert worden ist, bin ich beauftragt worden, auf die Ansicht der Regierung der Bundesrepublik Deutschland hinzuweisen, daß der von Portugal erklärte Vorbehalt nicht die allgemeinen Regeln des Völkerrechts berühren kann, wonach eine schnelle, angemessene und effektive Entschädigung bei Enteignung von ausländischem Vermögen zu gewähren ist."

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 26. August 1975 (BGBl. II S. 1346), vom 5. Januar 1977 (BGBl. II S. 21) und vom 9. November 1978 (BGBl. II S. 1374).

Bonn, den 4. September 1979

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung
der Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Malawi über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 6. September 1979

In Lilongwe ist durch Notenwechsel vom 24. Januar/2. März 1979 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Malawi — unter Bezugnahme auf das Abkommen vom 1. April 1976 (BGBl. II S. 1006) — eine Vereinbarung über Finanzielle Zusammenarbeit getroffen worden. Die Vereinbarung ist

am 2. März 1979

in Kraft getreten; sie wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 6. September 1979

Der Bundesminister
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
Im Auftrag
Dr. Moltrecht

(Übersetzung)

Der Botschafter
der Bundesrepublik Deutschland

Wi 444.00/2

Blantyre, den 24. Januar 1979

Der Finanzminister

Lilongwe (Malawi), den 2. März 1979

Herr Minister,

ich beehre mich, Ihnen im Namen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland unter Bezugnahme auf das Abkommen vom 1. April 1976 zwischen unseren beiden Regierungen über Kapitalhilfe folgende Vereinbarung über den „Neubau der Straße Chiweta-Chiguliro-Mzokoto-Kacheche“ vorzuschlagen:

1. Für das Vorhaben „Neubau der Straße Chiweta-Chiguliro-Mzokoto-Kacheche“ wird der bereitgestellte Betrag von 25 627 000,— DM (in Worten: fünf- undzwanzig Millionen sechshundertsiebenundzwanzigtausend Deutsche Mark) um einen Finanzierungsbeitrag bis zu 6 000 000,— DM (in Worten: sechs Millionen Deutsche Mark) erhöht. Dieser Finanzierungsbeitrag dient auch der Finanzierung zusätzlicher Bauüberwachungsmaßnahmen.
2. Im übrigen gelten die Bestimmungen des eingangs erwähnten Abkommens vom 1. April 1976 einschließlich der Berlin-Klausel (Artikel 7) auch für diese Vereinbarung.

Falls sich die Regierung der Republik Malawi mit den in Nummer 1 und 2 gemachten Vorschlägen einverstanden erklärt, werden diese Note und die das Einverständnis Ihrer Regierung zum Ausdruck bringende Antwortnote eine Vereinbarung zwischen unseren beiden Regierungen bilden, die mit dem Datum Ihrer Antwortnote in Kraft tritt.

Genehmigen Sie, Herr Minister, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Holtermann

Dem Finanzminister
der Republik Malawi
Herrn E. Bwanali
Lilongwe

Exzellenz,

ich beehre mich, mich auf die Note Eurer Exzellenz vom 24. Januar 1979 zu beziehen, die wie folgt lautet:

(Es folgt der Text der nebenstehenden Note.)

Ich freue mich zu bestätigen, daß der Inhalt der Absätze 1 und 2 Ihrer Note für die Regierung der Republik Malawi annehmbar ist und daß Ihre Note und meine Antwortnote hierzu eine Vereinbarung bilden sollen, die mit dem heutigen Tage in Kraft tritt.

Ihr ergebener

E. C. I. Bwanali

Seiner Exzellenz dem Botschafter
der Bundesrepublik Deutschland
P.O. Box 5695
Limbe

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
zur Bekämpfung der widerrechtlichen Inbesitznahme von Luftfahrzeugen**

Vom 10. September 1979

Das Übereinkommen vom 16. Dezember 1970 zur Bekämpfung der widerrechtlichen Inbesitznahme von Luftfahrzeugen (BGBl. 1972 II S. 1505) ist nach seinem Artikel 13 Abs. 4 für folgende weitere Staaten in Kraft getreten:

	London	Tag der Hinterlegung bei dem Verwahrer in Moskau	Washington	Tag des Inkrafttretens
Athiopien	9. April 1979	20. April 1979	26. März 1979	25. April 1979
Bangladesch			28. Juni 1978	28. Juli 1978
Bolivien			18. Juli 1979	17. August 1979
Botsuana			28. Dezember 1978	27. Januar 1979
Dominikanische Republik			22. Juni 1978	22. Juli 1978
Gambia			28. November 1978	28. Dezember 1978
Grenada			10. August 1978	9. September 1978
Guatemala			16. Mai 1979	15. Juni 1979
Kuwait	29. Mai 1979	6. Juni 1979	25. Mai 1979	24. Juni 1979
Lesotho			27. Juli 1978	26. August 1979
Libysch-Arabische Dschamahirija			4. Oktober 1978	3. November 1978
Luxemburg	22. November 1978	22. November 1978	22. November 1978	22. Dezember 1978
Mauretanien			1. November 1978	1. Dezember 1978
Nepal	11. Januar 1979	22. Februar 1979	10. Januar 1979	9. Februar 1979
Peru	8. August 1978	12. Juli 1978	28. April 1978	28. Mai 1978
Senegal	3. Februar 1978			5. März 1978
Seschellen	29. Dezember 1978			28. Januar 1979
Sri Lanka	30. Mai 1978	29. Juni 1978	2. Juni 1978	29. Juni 1978
Sudan			18. Januar 1979	17. Februar 1979
Thailand	16. Mai 1978	16. Mai 1978	16. Mai 1978	15. Juni 1978
Togo			9. Februar 1979	11. März 1979

Den nach Artikel 12 Abs. 2 zulässigen Vorbehalt zu Artikel 12 Abs. 1 des Übereinkommens haben Äthiopien und Peru anlässlich der Hinterlegung der Ratifikationsurkunden und ferner Guatemala anlässlich der Unterzeichnung (am 16. Dezember 1970) eingelegt.

Suriname hat am 27. Oktober 1978 der Verwahrregierung in Washington notifiziert, daß es sich an das Übereinkommen gebunden betrachtet, dessen Anwendung vor Erlangung der Unabhängigkeit durch die Niederlande auf sein Hoheitsgebiet erstreckt worden war.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 20. November 1978 (BGBl. II S. 1395).

Bonn, den 10. September 1979

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen
gegen die Sicherheit der Zivilluftfahrt**

Vom 11. September 1979

Das Übereinkommen vom 23. September 1971 zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit der Zivilluftfahrt (BGBl. 1977 II S. 1229) ist nach seinem Artikel 15 Abs. 4 für folgende weitere Staaten in Kraft getreten:

	Tag der Hinterlegung bei dem Verwahrer in			Tag des Inkrafttretens
	London	Moskau	Washington	
Äthiopien	9. April 1979	20. April 1979	26. März 1979	25. April 1979
Bangladesch			28. Juni 1978	28. Juli 1978
Bolivien			18. Juli 1979	17. August 1979
Botsuana			28. Dezember 1978	27. Januar 1979
Gambia			28. November 1978	28. Dezember 1978
Grenada			10. August 1978	9. September 1978
Guatemala			19. Oktober 1978	18. November 1978
Lesotho			27. Juli 1978	26. August 1978
Mauretanien			1. November 1978	1. Dezember 1978
Nepal	11. Januar 1979	22. Februar 1979	10. Januar 1979	9. Februar 1979
Seschellen	29. Dezember 1978			28. Januar 1979
Sudan			18. Januar 1979	17. Februar 1979
Togo			9. Februar 1979	11. März 1979

Äthiopien und Guatemala haben bei Hinterlegung ihrer Ratifikationsurkunden den nach Artikel 14 Abs. 2 zulässigen Vorbehalt zu Artikel 14 Abs. 1 des Übereinkommens eingelegt.

Suriname hat am 27. Oktober 1978 der Verwahrregierung in Washington notifiziert, daß es sich an das Übereinkommen gebunden betrachtet, dessen Anwendung vor Erlangung der Unabhängigkeit durch die Niederlande auf sein Hoheitsgebiet erstreckt worden war.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 16. März 1979 (BGBl. II S. 330).

Bonn, den 11. September 1979

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich der Satzung der Organisation
der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur**

Vom 11. September 1979

Die in London am 16. November 1945 unterzeichnete Satzung der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (BGBl. 1971 II S. 471; 1978 II S. 987; 1979 II S. 419) ist nach ihrem Artikel XV Abs. 3 für

Dominica am 9. Januar 1979
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 3. April 1978 (BGBl. II S. 411) und vom 30. April 1979 (BGBl. II S. 419).

Bonn, den 11. September 1979

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten des deutsch-kuwaitischen Abkommens
über den Fluglinienverkehr**

Vom 12. September 1979

Nach Artikel 2 Abs. 2 des Gesetzes vom 19. April 1979 zu dem Abkommen vom 30. April 1974 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Staat Kuwait über den Fluglinienverkehr (BGBl. 1979 II S. 361) wird hiermit bekanntgemacht, daß das Abkommen nach seinem Artikel 15

am 28. August 1979
in Kraft getreten ist.

Die Ratifikationsurkunden sind am 29. Juli 1979 in Kuwait ausgetauscht worden.

Bonn, den 12. September 1979

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten des deutsch-griechischen Abkommens
über die steuerliche Behandlung von Straßenfahrzeugen**

Vom 12. September 1979

Nach Artikel 3 Abs. 2 des Gesetzes vom 11. Mai 1979 zu dem Abkommen vom 21. September 1977 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Hellenischen Republik über die steuerliche Behandlung von Straßenfahrzeugen im internationalen Verkehr (BGBl. 1979 II S. 406) wird hiermit bekanntgemacht, daß das Abkommen nach seinem Artikel 5 Abs. 1

am 1. August 1979

in Kraft getreten ist.

Bonn, den 12. September 1979

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten des deutsch-kanadischen Auslieferungsvertrags**

Vom 12. September 1979

Nach Artikel 3 Abs. 2 des Gesetzes vom 11. Juni 1979 zu dem Vertrag vom 11. Juli 1977 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Kanada über die Auslieferung (BGBl. 1979 II S. 665) wird hiermit bekanntgemacht, daß der Vertrag nach seinem Artikel XXXII Abs. 2

am 30. September 1979

in Kraft treten wird.

Die Ratifikationsurkunden sind am 31. August 1979 in Bonn ausgetauscht worden.

Bonn, den 12. September 1979

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
über die Weltorganisation für Meteorologie**

Vom 12. September 1979

Das Übereinkommen vom 11. Oktober 1947 über die Weltorganisation für Meteorologie in der Fassung der Bekanntmachung vom 12. Januar 1970 (BGBl. II S. 18), geändert durch Beschluß vom 20. Mai 1975 (BGBl. 1977 II S. 92), ist nach seinem Artikel 35 Abs. 1 für

Gambia am 1. November 1978

Lesotho am 2. September 1979

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 5. September 1978 (BGBl. II S. 1217).

Bonn, den 12. September 1979

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Europäischen Kulturabkommens**

Vom 12. September 1979

Das Europäische Kulturabkommen vom 19. Dezember 1954 (BGBl. 1955 II S. 1128) ist nach seinem Artikel 9 Abs. 3 für

Liechtenstein am 13. Juni 1979

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 9. März 1976 (BGBl. II S. 441).

Bonn, den 12. September 1979

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
zur Errichtung einer internationalen Organisation
für das gesetzliche Meßwesen**

Vom 12. September 1979

Das Übereinkommen vom 12. Oktober 1955 zur Errichtung einer internationalen Organisation für das gesetzliche Meßwesen (BGBl. 1959 II S. 673; 1968 II S. 862) ist nach seinem Artikel XXXIV Abs. 2 für

Algerien am 26. Juli 1979

Griechenland am 26. Juli 1979

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 9. August 1979 (BGBl. II S. 951).

Bonn, den 12. September 1979

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens
zur Verhütung von Rundfunksendungen,
die von Sendestellen außerhalb der staatlichen Hoheitsgebiete gesendet werden**

Vom 12. September 1979

Das Europäische Übereinkommen vom 22. Januar 1965 zur Verhütung von Rundfunksendungen, die von Sendestellen außerhalb der staatlichen Hoheitsgebiete gesendet werden (BGBl. 1969 II S. 1939), ist nach seinem Artikel 9 Abs. 2 für

Griechenland am 14. August 1979

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 15. März 1977 (BGBl. II S. 289).

Bonn, den 12. September 1979

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

Herausgeber: Der Bundesminister der Justiz — Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. — Druck: Bundesdruckerei Bonn.
Im Bundesgesetzblatt Teil I werden Gesetze, Verordnungen, Anordnungen und damit im Zusammenhang stehende Bekanntmachungen veröffentlicht. Im Bundesgesetzblatt Teil II werden völkerrechtliche Vereinbarungen, Verträge mit der DDR und die dazu gehörenden Rechtsvorschriften und Bekanntmachungen sowie Zolltarifverordnungen veröffentlicht.

Bezugsbedingungen: Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Abbestellungen müssen bis spätestens 30. 4. bzw. 31. 10. jeden Jahres beim Verlag vorliegen. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben: Bundesgesetzblatt Postfach 13 20, 5300 Bonn 1, Tel. (0 22 21) 23 80 67 bis 69.

Bezugspreis: Für Teil I und Teil II halbjährlich je 48,— DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 1,20 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Juli 1978 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postscheckkonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-509 oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 2,90 DM (2,40 DM zuzüglich —,50 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 3,40 DM. Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 6,5 %.

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. · Postfach 13 20 · 5300 Bonn 1

Postvertriebsstück · Z 1998 AX · Gebühr bezahlt

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten der Verordnung und des deutsch-luxemburgischen Abkommens
über den Verzicht auf die Erstattung der Aufwendungen für Sachleistungen
aus Anlaß von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten**

Vom 17. September 1979

Auf Grund des Artikels 5 Abs. 3 der Verordnung vom 11. April 1979 zu dem Abkommen vom 20. Juli 1978 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Großherzogtums Luxemburg über den Verzicht auf die Erstattung der Aufwendungen für Sachleistungen aus Anlaß von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten (BGBl. 1979 II S. 368) wird hiermit bekanntgemacht, daß die Verordnung nach ihrem Artikel 5 Abs. 1

am 29. Mai 1979

in Kraft getreten ist.

Am selben Tag ist nach seinem Artikel 5 das deutsch-luxemburgische Abkommen vom 20. Juli 1978

mit Wirkung vom 1. Januar 1978

in Kraft getreten.

Bonn, den 17. September 1979

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer